

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Dienstag, den 02.06.2015 um 17:00 Uhr
Kulturfabrik Fürstenwalde gGmbH
Domplatz 7
15517 Fürstenwalde
"Dachetage"

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 18:29 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2015
4. Informationen zum AWO Kreisverband Fürstenwalde e. V.
5. Vorstellung der Angebotsstruktur im Bereich der niedrigschwelligen ambulant sozialen Dienstleistungen im Landkreis Oder-Spree
6. Sonstiges

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Frau Griesche, stellvertretende Ausschussvorsitzende, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende gibt an, dass Herr Pieper, Geschäftsführer der AWO Kreisverband Fürstenwalde e. V. gern vor dem TOP der Sozialplanung den Kreisverband vorstellen möchte.

Da keine Einwände zur geänderten Tagesordnung erfolgen, sieht Frau Griesche die Tagesordnung als bestätigt an.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2015

Frau Griesche gibt an, dass ihr, Herrn Balzer und der Verwaltung keine Änderungswünsche zum Protokoll der vorangegangenen Sitzung zugegangen seien und erkundigt sich bei den Abgeordneten nach Einwänden.

Da diese nicht vorliegen, sieht sie das Protokoll als bestätigt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Informationen zum AWO Kreisverband Fürstenwalde e. V.

Frau Griesche übergibt das Wort an Herrn Michael Pieper, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Fürstenwalde e. V.

Herr Pieper bedankt sich für die Einladung und freut sich, die Mitglieder des Fachausschusses in der Kulturfabrik Fürstenwalde begrüßen zu dürfen.

Er informiert, dass diese durch 4-5 Vereine geführt werde und die Stadt Fürstenwalde sich sehr verlässlich an der Finanzierung beteilige.

Gern informiert er die Abgeordneten über die Arbeit des Kreisverbandes, welcher am vorangegangenen Wochenende sein 25-jähriges Jubiläum feiern konnte und händigt jedem Anwesenden ein Jubiläumsheft aus, in dem die einzelnen bisher erreichten Leistungen aufgezeigt werden.

Herr Pieper gibt einige Zahlen der AWO, Kreisverband Fürstenwalde e. V. anhand des Jubiläumsheft zu Protokoll:

- über 1.000 Mitglieder (Durchschnittsalter 68 Jahre), welche alle ehrenamtlich und unentgeltlich tätig seien
Anzahl der Mitglieder sei jedoch für Abstimmungen nur auf Landesebene ausschlaggebend
nur ein geringer Teil der Mitgliederbeiträge gehe an die Ortsgruppen zur Vereinsarbeit schwierig, neue, vor allem junge, Mitglieder zu erhalten/zu finden
- über 300 Mitarbeiter/innen
mehr Kindertagesstätten als Altenpflegeheime, daher finanziell auch nicht so gut wie andere gestellt
- Spendengelder beliefen sich auf ca. 10.000 € im Jahr
- Vorstellung der Arbeitsfelder des Kreisverbandes (nicht an allen Angeboten sei der Landkreis Oder-Spree unterstützend tätig):
 - AWO-Gemeindeverbände; Heimverbund „Am Löcknitztal“ (bedarfsorientierte und altersdifferenzierte Wohnformen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene; Ambulant betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderung in Fürstenwalde/Erkner sowie für Menschen mit Suchterkrankung in Fürstenwalde; AWO-Wohnstätte für geistig behinderte Erwachsene in Berkenbrück; AWO-Sozialstationen (über Kranken- und Pflegekassen finanziert); Erziehungs- und Familienberatung (durch Landkreis/Jugendamt finanziert); Suchtberatungsstellen (diplomierte Psychologen, 90 % Personalkosten); Pflegestützpunkte in Erkner mit Außenstelle in Fürstenwalde (Finanzierung auch durch Krankenkassen, nicht nur durch Landkreis allein); 1.600 Plätze in Kindertagesstätten (hier läge der Schwerpunkt des Kreisverbandes); 160 Erzieherinnen, 180 Sozialpädagogen;

Herr Pieper weist darauf hin, dass 84 % der Stellen durch den Landkreis (Jugendamt) finanziert würden und der Elternanteil für den Kitaplatz von dem Zuschuss der entsprechenden Kommune abhängig sei.

Des Weiteren gibt er an, dass es Überlegung gebe, Flüchtlingskinder in Löcknitztal aufzunehmen. Zuvor müssten aber noch verschiedene fachliche Fragen (pädagogisch, psychisch, funktional) geklärt werden, da dies traumatisierte Kinder/unter 18-jährige seien.

Herr Pieper weist auf Nachfrage darauf hin, dass die örtlichen Träger der Jugendhilfe regelmäßig neue Kostensatzverhandlungen für „Kinderheime“ mit dem Jugendamt aufnehmen (bei Erhöhung der Mietkosten, des Lebenshaltungsindex bzw. bei einer Steigerung der Personal- und Sachkosten). Alle Kinder, welche in einem Heim aufgenommen würden, werde dieser Kostensatz gezahlt (monatliche Kosten eines Heimplatzes für ein Kind belaufen sich auf 3.000-5.000 € im Monat). Dabei richte sich der Kostensatz auch nach dem benötigten therapeutischen Bedarf des Einzelnen.

Für das ambulant betreute Wohnen, welches durch den Landkreis refinanziert werde, würden ebenfalls Kostensatzverhandlungen mit dem Landkreis geführt. Dabei spreche man von Fachleistungsstunden.

Damit die AWO, Kreisverband Fürstenwalde e. V. wirtschaftlich arbeiten kann, müsse eine 90 %-ige Auslastung aller Einrichtungen erfolgen.

Des Weiteren informiert er die Abgeordneten, dass man im Bereich der Suchtberatung hohe Personalkosten hätte, da dort hochqualifizierte Mitarbeiter/innen notwendig seien (Dipl.-Studiengang). Diese Kosten würden in größten Teil durch den Landkreis finanziert. Eine stark steigende Tendenz sei bei der Internet-Spielsucht zu verzeichnen.

Deutschlandweit einzigartig sei der Kreisverband Fürstenwalde als Träger eines Schwangerenkurheims. Die Krankenkassen zahlen hierbei einen Tageskostensatz in Höhe von 85,00 €, was jedoch zu gering sei, um kostendeckend zu arbeiten.

Herr Pieper weist darauf hin, dass von der AWO erwirtschaftete Gewinne wieder in das Schwangerenkurheim investiert werden müssten.

Ein weiteres Problem sei die Finanzierung des Mehrgenerationenhauses, da der Bund immer jährlich entscheide, ob die Finanzierung bestünde.

Dieses befände sich in Fürstenwalde Nord, ein sozialer Brennpunkt aufgrund der vielen Asylbewerber, welche dort in Wohnungen gekommen seien. Im gleichen Haus sei die Kita „Buratino“ untergebracht, mit 12 verschiedenen Nationalitäten. Leider würde für diese Kita der gleiche Betreuungsschlüssel wie in einer Kita mit nur einer Nationalität festgelegt, was sich teilweise als schwierig darstelle.

Herr Pieper betont, dass er in naher Zukunft evtl. einen syrischen jungen Mann, welcher die Ausbildung zum Erzieher bei den Samariteranstalten machen möchte, anstellen könne. Somit könnten bestehende Sprachbarrieren ausgeräumt werden.

Frau Dr. Weser weist darauf hin, dass das Land mit guten Worten dabei sei, jedoch noch keinen einzigen Cent co-finanziert habe.

Aus diesem Grunde sei es schwierig, wenn der Bund seine finanziellen Mittel zurückziehen würde.

Herr Pieper gibt an, dass die Differenz bei den Entgelt-/Lohnzahlungen zwischen freien Trägern und dem TVöD kleiner geworden seien, ansonsten könne man kein entsprechendes Fachpersonal erhalten.

Frau Griesche bedankt sich bei Herrn Pieper für die ausführliche Vorstellung der AWO, Kreisverband Fürstenwalde e. V.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Vorstellung der Angebotsstruktur im Bereich der niedrigschwelligen ambulant sozialen Dienstleistungen im Landkreis Oder-Spree

Frau Griesche übergibt das Wort an Frau Martina Helminiak, Sozial- und Gesundheitsplanerin des Landkreises Oder-Spree.

Frau Helminiak erläutert ihre Ausführungen anhand einer Präsentation (Anlage zu TOP 5). Sie weist darauf hin, dass in unterschiedlichen Abständen immer wieder Modellprojekte aufgelegt würden (momentan - 2014 bis 2016 – laufe das Modellprojekt „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“).

Sie informiert, dass die Pflegestützpunkte im Landkreis ebenfalls als Modellprojekt begonnen haben.

Nach jetzigem Stand würden die Begegnungsstätten für Senioren nur noch eine Förderung für Sachkosten erhalten, da man in diesem Segment von mehr ehrenamtlicher Arbeit ausgehe. Bei den familienentlastenden Diensten sei die Finanzierung etwas schwieriger (durch Krankenkassen, den Landkreis Oder-Spree bzw. private Hand).

Frau Helminiak berichtet, dass die Schuldnerberatungsstellen durch das Sozialamt zusammen mit dem Jobcenter betreut würden.

Frau Griesche bedankt sich für die Ausführungen, bittet auch weiterhin um die gute Aufklärung der Bürger/innen und schließt den TOP.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Sonstiges

Frau Griesche erklärt, dass allen Anwesenden aktuelle Informationen zur Qualität der Badegewässer im Landkreis Oder-Spree vorlägen (Anlage zu TOP 6).

Weiter erkundigt sie sich nach dem Sachstand in der ZABH Eisenhüttenstadt aufgrund des Schreibens des Ausschusses an die damals zuständige Ministerin.

Frau Dr. Weser informiert, dass ab 01.07.2015 der Landkreis mit seinem Gesundheitsamt für die Erstuntersuchung der Asylbewerber/innen nicht mehr zuständig sei. Diese Aufgabe wäre nun vertraglich geregelt und werde vom Städtischen Krankenhaus Eisenhüttenstadt übernommen.

Sie weist jedoch darauf hin, dass das Gesundheitsamt in dieser Einrichtung weiterhin für die Seuchenabwehr und Infektionsgeschehen zuständig sei, alles was in Gemeinschaftsunterkünften zu überprüfen und zu untersuchen sei.

Frau Dr. Baumann, Amtsärztin des Landkreis Oder-Spree, berichtet, dass das zusätzlich eingestellte medizinische Fachpersonal vom Krankenhaus übernommen würde.

Die Übergabe der Aufgabe erfolge nun Schritt für Schritt, so dass ab 01.07.2015 die Ärzte des Krankenhauses die Untersuchungen übernehmen können.

Auf Nachfrage von Herrn Passow betont Frau Dr. Baumann, dass die Untersuchungen weiterhin auf dem Gelände der ZABH Eisenhüttenstadt erfolgen würden. Eine Aufstellung eines Röntgen-Containers sei ebenfalls geplant, um die Räumlichkeiten des Krankenhauses zu entlasten.

Frau Dr. Baumann weist darauf hin, dass im Gesundheitsamt nun weitere Probleme anstehen würden: die Nachbesetzung von verrenteten Ärzten.

Frau Frenenez informiert die Abgeordneten, dass weiterhin die Transparenz in Eisenhüttenstadt für die Bürger fehle. Dies sei nicht förderlich für die Akzeptanz und Integration.

Herr Passow berichtet, dass es für die Bürger nicht klar gewesen sei, dass die Erstuntersuchungen weiterhin auf dem Gelände der ZABH stattfinden würden und nicht im Krankenhaus.

Herr Winkel spricht sich dazu aus, direkten Kontakt mit dem Städtischen Krankenhaus Eisenhüttenstadt aufzunehmen und somit zu einer Verbesserung der Kommunikation zu erwirken.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bronsert informiert Frau Dr. Baumann, dass die Anzahl der Infektionskrankheiten unter den Asylbewerbern natürlich höher sei als bei deutschen Bürgern, sich jedoch trotz der hohen Belegungszahlen relativ gering halte. Dafür würde die Erstuntersuchung gemacht, damit Erkrankungen (Tuberkulose, Hautkrankheiten) erkannt und behandelt werden könnten.

Herr Winkel weist darauf hin, dass Asylbewerber ohne eine erfolgte Erstuntersuchung die ZABH nicht verlassen dürften.

Frau Griesche bedankt sich, schließt den TOP und wünscht allen Anwesenden eine angenehme Heimfahrt.

gez.

Karin Griesche

stellv. Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

Corinna Kuhley

Schriftführerin